

Antrag Nr. 21-F-20-0027

Grüne und SPD

Betreff:

Ransomware-Attacken
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

Antragstext:

In den letzten Monaten gab es vermehrt Angriffe auf Computersysteme einzelner Organisationen, die dazu dienten, Lösegeld zu erpressen. Solche Angriffe gab es u.a. gegen den Landkreis Anhalt-Bitterfeld, die Gemeinde Geisenheim im Rheingau, die Uni Gießen, das Klinikum Düsseldorf, das Unternehmen Maersk, usw.

Ein solcher Angriff, sofern erfolgreich, führt zur Verschlüsselung der Daten auf den Computern der jeweiligen Organisation. Nach erfolgter Verschlüsselung der Daten ist ein Arbeiten mit den Daten nicht mehr möglich. Dies bedeutet, daß die Arbeitsfähigkeit der jeweiligen Organisation stark eingeschränkt wird, möglicherweise sogar völlig unmöglich ist. Die bisherigen Erfahrungen mit der Wiederherstellung der Daten bzw. der Arbeitsmöglichkeit zeigen, daß dies mindestens einige Tage, vielleicht sogar etliche Monate dauern kann.

Ein solcher Angriff kann auch auf die Verwaltung der Stadt Wiesbaden erfolgen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. hat sich der Magistrat auf einen solchen Fall vorbereitet?
2. wurde ein solches Szenario einmal durchgespielt?
3. wie gedenkt der Magistrat im Fall eines erfolgreichen Angriffs die Arbeitsfähigkeit der Stadt WI wiederherzustellen?
4. welche Maßnahmen hat der Magistrat ergriffen, um die Daten der Server zu sichern (backup)?
5. welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Daten auf den lokalen PCs zu sichern?
6. in welchem Zeitrahmen geschieht dies?
7. wie werden die dienstlich genutzten Daten auf Notebooks gesichert und in welchem Umfang geschieht dies?
8. welche Maßnahmen wurden ergriffen, um unzulässige Mails zu erkennen, auszufiltern, abzuwehren und evtl. zu löschen?
9. werden die Absender solcher Mails von dieser Maßnahme unterrichtet?
10. welche Maßnahmen werden ergriffen, um Informationen zu Lücken/Fehlern in den eingesetzten Software Paketen zu erhalten?
11. welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Lücken in den Software Paketen zu schließen (Patches einspielen)?
12. wieviel Zeit benötigt die Stadtverwaltung, um solche Patches einzuspielen?
13. wie bewertet der Magistrat diesen zeitlichen Rahmen?

Antrag Nr. 21-F-20-0027

Grüne und SPD

Wiesbaden, 15.09.2021

Aman Yoseph
Fachsprecher
(SPD-Fraktion)

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin
(SPD-Fraktion)

Prof. Dr. Johannes Luderschmidt
Sprecher für Digitalpolitik
(Bündnis 90/Die Grünen)

Linda Marschall
Fraktionsreferentin
(Bündnis 90/Die Grünen)